

Bericht über die Tagung
„Zwischen Revolutionsschock und Schulddebatte“
Münchener Katholizismus und Protestantismus
im 20. Jahrhundert“

Nora Andrea Schulze

Im November 2011 gaben die Stadt München und die Gründungsdirektorin des Münchner NS-Dokumentationszentrums, PD Dr. Irmtrud Wojak, in einer gemeinsamen Pressemitteilung ihre einvernehmliche Trennung bekannt. Als Begründung wurden „nachhaltige unterschiedliche Auffassungen“ über „die Ausrichtung, die Inhalte und die Funktion des NS-Dokumentationszentrums“ angegeben. Die weitere Konzeptionierung des NS-Dokumentationszentrums übernahmen Prof. em. Dr. Hans Günter Hockerts, Prof. Dr. Marita Krauss, Prof. Dr. Peter Longerich und Prof. Dr.-Ing. Winfried Nerdinger.

Der von Dr. Antonia Leugers und Dr. Björn Mensing geleitete, interdisziplinär und konfessionell gemischt besetzte Arbeitskreis Katholizismus-/Protestantismusforschung des NS-Dokumentationszentrums nahm diese Ereignisse zum Anlass, seine bisherigen Forschungsergebnisse in Kooperation mit der Evangelischen Stadtakademie München in einer öffentlichen Tagung vorzustellen. Die Tagung „Zwischen Revolutionsschock und Schulddebatte – Münchener Katholizismus und Protestantismus im 20. Jahrhundert“ fand am 12. Dezember 2011 in der Evangelischen Stadtakademie München statt – zu einem Zeitpunkt, an dem das in Auftrag gegebene Konzept noch nicht vorlag.

Zum Stand der Arbeiten an der künftigen Konzeption besaß der Arbeitskreis Katholizismus-/Protestantismusforschung keine Kenntnisse. Im Verlauf der Tagung wurden daher wiederholt Befürchtungen laut, dass die vom Arbeitskreis behandelten Themenbereiche im künftigen NS-Dokumentationszentrum keine Berücksichtigung finden. Die Referentinnen und Referenten des Arbeitskreises wiesen zudem darauf hin, dass keine endgültigen Ergebnisse, sondern nur einzelne, kontrovers zu diskutierende Schlaglichter aus ihrer Forschungsarbeit präsentiert werden könnten. Trotz dieser Ankündigungen boten die Vorträge der Tagung ein überraschend breites Spektrum hoch interessanter, innovativer Forschungsansätze und bisher nicht oder nur wenig bekannter Quellen.

So stellte *Dr. Angela Hermann* in ihrem Vortrag „Im Visier der Diplomaten: Nuntiatur- und Gesandtschaftsberichte zur Münchener Revolutions- und Rätezeit“ bemerkenswert aussagekräftige Quellen vor, insbesondere aus der Regierungszeit des ersten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner. Dabei zeigte Hermann auf, dass Eisner in zahlreichen Berichten auswärtiger Gesandter mit dem antisemitischen Stereotyp des kriminellen, die westliche Gesellschaft bedrohenden Ostjuden belegt wurde. Dies betraf vor allem die Berichte des apostolischen Nuntius und späteren Papstes Pius XII., Eugenio Pacelli, der Eisner als Atheisten, radikalen Sozialisten, Freund der russischen Nihilisten, politisch Kriminellen und galizischen Juden diskriminierte.

Auch der sächsische Gesandte Maximilian von Dziembowsky sah in Eisner einen „fremden Schädling“ und verfasste einen Bericht, der als Appell zu dessen Ermordung gelesen werden konnte. Zwei Tage nach diesem Bericht, am 21. Februar 1919, wurde Eisner von Anton

Graf von Arco erschossen. Arco begründete diese – wie die Presse urteilte – erste rechtsterroristische Tat in Deutschland damit, dass Eisner Jude, Bolschewist und Landesverräter gewesen sei. Zu der auf Eisners Ermordung folgenden, von allen Gesandten abgelehnten Räterepublik äußerte sich wiederum der päpstliche Nuntius Pacelli besonders scharf, der sich in seinen Berichten über die Zustände im Wittelsbacher Palais bis in angewiderte physiognomische Schilderungen von „jüdischen“ Revolutionären und ihren Frauen verstieg.

Aus dem Vergleich der Berichte verschiedener Gesandter zog Hermann den Schluss, ein antisemitisches Element trete in besonders starker Weise in Pacellis Berichten zu Tage. Er habe die Juden als Anstifter der Revolution betrachtet, die das Christentum zerstören wollten. Zu berücksichtigen sei dabei Pacellis religiöses Proprium. Abschließend zog Hermann die Linie in die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft fort. Die Nationalsozialisten hätten das Feindbild der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ nicht erfunden, aber zur Gewinnung der Anhängerschaft und zur Minimierung des Widerstands gegen die Vernichtung des europäischen Judentums verbreitet, verstärkt und instrumentalisiert.

Zu Beginn seines Vortrags „Zeugen, Päpste, Revoluzzer – Konfessionen im theatralen Diskurs“ zitierte *Dr. Florian Mayer* einen Brief der Theatergemeinde München vom März 1933, die sich gegen Angriffe der NS-Presse verteidigte, indem sie sich als „Kampfbund gegen marxistisch-bolschewistische Kulturzersetzung“ darstellte. Tatsächlich hatte die Theatergemeinde in Übereinstimmung mit der NSDAP-Stadt- und Landtagsfraktion schon in der Weimarer Republik Stücke von Brecht, Feuchtwanger und anderen abgelehnt. Ihr letzter eigenständiger Aufführungsvorschlag war 1933 dann der

„Schlageter“ von Hanns Johst. Mayer führte aus, Albert Leo Schlageter sei nach seiner Hinrichtung 1923 nicht nur von den Nationalsozialisten, sondern auch von katholischer Seite als Märtyrer vereinnahmt worden. Mit der Berliner Uraufführung von Johsts „Schlageter“ im April 1933 sei dieser den Katholiken als Märtyrer dann jedoch verloren gegangen.

Schlageter blieb nicht der einzige „Märtyrer“, dessen das NS-Regime im Jahr der „Machtergreifung“ gedenken wollte. Am 9. November jährte sich auch zum zehnten mal der Hitler-Ludendorff-Putsch von 1923, dessen „Helden“ und „Blutzeugen“ das Regime mit besonderem Pomp und Triumphalismus beging. Dabei wurden die Staatstheater zu Gedenk- und Feierorten für die „alten Kämpfer“ und die neue „Volksgemeinschaft“. Der Autor und Intendant Friedrich Forster-Burggraf lieferte das Stück „Alle gegen einen, einer für alle“, das auf der historischen Folie der schwedischen Erhebung unter Gustav Wasa den Aufstieg der Nationalsozialisten und ihres „Führers“ feierte. Mit ihm erhielt das NS-Regime sein erstes Hitler-Drama. Im Zentrum fast jeder Szene stand Gustav Wasa, der als Führer, nationaler Erlöser und politischer Heiland dargestellt wurde. Dieses professionell kalkulierte Propagandastück schmiedete die Sprache des christlich-konfessionellen Theaters in ein nationalistisches, völkisch-totalitäres Idiom um.

In das Jahr 1933 fiel außerdem der 450. Geburtstag Martin Luthers. Am 26. November 1933 fand im Münchner Prinzregententheater eine theatrale Gedenkfeier statt, dessen Programm Ernst Leopold Stahl zusammengestellt hatte und in der Luther als deutscher Heros gefeiert wurde. Neben einer Mehrzahl bereits vom Reformationsjubiläum 1917 her bekannter Texte und einer Ballade

von Ziska Luise Dresler-Schember wurde ein Ausschnitt aus Hanns Johsts Stück „Propheten“ von 1923 geboten, in dem Luther als Kraftmeier diffusen deutschen Glaubens inszeniert wurde und das Johst den Titel „Dramatiker des Glaubens“ einbrachte. Den zweiten Teil des Lutherabends bildete der Schlussteil des Schauspiels „Luther auf der Wartburg“ von Friedrich Lienhard, den die Nationalsozialisten als stillen, eigenwilligen Vorläufer des Nationalsozialismus posthum für sich zu vereinnahmen suchten. Wie schon bei der Lutherfeier ließ das Staatsschauspiel die Konzeption eines bunten Abends anlässlich der Eröffnung der antisemitischen Hetzausstellung „Der ewige Jude“ 1937 wieder aufleben und bot dabei u. a. eine szenische Gestaltung von Luthers Judenschrift.

Bemerkenswerterweise wurde das antirömische Canossa-Drama „Gregor und Heinrich“ von Erwin Guido Kolbenheyer nicht in dessen Wahlheimat München uraufgeführt. In diesem dem Aufstehen des deutschen Volkes gewidmeten Klassiker der NS-Dramatik wurde der historische Schlüsselkonflikt zwischen Kaiser und Papst als Kampf des mittelalterlichen Wesens gegen die nordisch-germanische Rasse gedeutet. Dass die Uraufführung 1934 außerhalb Münchens stattfand, könnte auf ein Redeverbot zurückzuführen sein, das Kolbenheyer 1933 wegen seiner kulturpolitischen Forderungen erhalten hatte; möglicherweise sollte aber auch vermieden werden, die politisch zu diesem Zeitpunkt noch umworbenen Münchner Katholiken theatral vor den Kopf zu stoßen. Kolbenheyers Stück wurde in München, wo Papsttum und Päpste im Theaterdiskurs traditionell eine leicht entzündliche Mischung darstellten, erst 1940 aufgeführt, als solche Rücksichtnahmen nicht mehr nötig waren.

Zuletzt ging Mayer auf die Schulddebatte ein, die er am Beispiel der Münchner Aufführungsgeschichte von Rolf Hochhuths skandalträchtigem Stück „Der Stellvertreter“ behandelte. Im Zentrum der Debatte über das 1963 in Berlin uraufgeführte Stück stand nicht dessen Hauptfigur, sondern Papst Pius XII., der in München längere Zeit als Nuntius gewirkt hatte. Obwohl die Münchner Bühnen eine Aufführung des „Stellvertreter“ ablehnten und nur eine von Studenten veranstaltete tumultuarische Lesung stattfand, kam es zu intensiven Auseinandersetzungen mit dem Stück und seinem Autor, so etwa bei einer überlaufenen Veranstaltung der katholischen Akademie im April 1963. Als im Theater an der Briener Straße 1964 eine Tourneeaufführung stattfand, war die Erregung bereits kritischer Neugier gewichen und die Kritik galt eher der Textfassung und der Inszenierung.

Zum Eklat kam es 1987 im Kulturhaus Ottobrunn, wo der katholische Pfarrer und sein Kirchengemeinderat den Bürgermeister auf Ablehnungskurs brachten, und erneut 1988, als der „Stellvertreter“ im Prinzregententheater die jüdische Kulturwoche eröffnen sollte. Die von Politikern öffentlich kritisierte Intendanz und die Gesellschaft zur Förderung jüdischer Kultur und Tradition sahen sich genötigt, antikirchliche Absichten zu dementieren. Rolf Hochhuth selbst verkündete, nach heutigem Wissensstand hätte er Pius XII. noch viel härter verurteilt. Öffentlich äußerte sich auch Kardinal Friedrich Karl Wetter, der vor wahrheitswidrigen Totschlagparolen warnte und die Frage der deutschen Bischöfe von 1963 wiederholte, woher es wohl komme, dass die Vorwürfe gegen Pius XII. ausgerechnet ein Volk erhebe, das den Holocaust auf sich geladen habe; zudem verwies er auf die seriöse Zeitgeschichtsforschung und zitierte

positive Aussagen über Pius XII. Und wieder tagte die katholische Akademie, diesmal zum Thema „Das Theater: Es darf alles – darf es alles?“.

Als Constantin Costa-Gavras 2002 seine Version des „Stellvertreters“ ins Kino brachte, war inzwischen eine Umkehr der Dynamiken von historischer Forschung und theatralem Tribunal über Pius XII. eingetreten. Hochhuths Stück wurde selbst als Teil der Rezeptionsgeschichte betrachtet und als letztlich fruchtbarer Anstoß beurteilt, der Pius XII. zu einer der best erforschten Personen der jüngeren Zeitgeschichte gemacht habe. Äußerst präsent ist Hochhuths Drama allerdings noch im öffentlichen Diskurs über die seit langem vorbereitete Seligsprechung dieses Papstes. Mayer schloss seine Ausführungen mit dem Hinweis, weder die Studenten der ersten Münchner Lesung von 1963 noch die anlässlich der Aufführung von 1988 erbosten Honoratioren hätten sich wohl vorstellen können, dass die derzeit geplante Aufführung des „Stellvertreters“ im Münchner Volkstheater von einem gefeierten Regisseur der Oberammergauer Passionsspiele inszeniert würde.

Edith Koller berichtete in ihrem reich bebilderten Vortrag über „Karikaturen in der Münchner Presselandschaft: Feindbild Klerus – Feindbild Jude“. Nach Koller bestand zwischen den Feindbildern „Klerus“ und „Jude“ traditionell keine Verbindung, in völkischen und nationalsozialistischen Text- und Bildäußerungen wurden sie jedoch miteinander kombiniert. Während die NS-Literatur die Vereinigung des „internationalen Judentums“ und des „internationalen Katholizismus“ heraufbeschwor, diffamierten NS-Karikaturen Juden und Kirche bzw. Kleriker vereint als Gegner des Regimes oder schmähten Kirchenvertreter als Judenfreunde.

Koller analysierte beispielhafte Elemente beider Karikaturtypen, die sie anhand antiklerikaler Darstellungen des Typus des politisierenden Pfarrers bis in die Weimarer Zeit, antisemitischer Darstellungen des Typus des „Ostjuden“ und schließlich des völkisch-nationalsozialistischen Blicks auf Juden und Kirche bzw. Kleriker seit der Revolution von 1919 vorstellte. Als Quellengrundlage dienten der „Simplicissimus“, die sozialdemokratischen Satirezeitschriften „Der wahre Jakob“ und „Lachen links“ sowie das NS-Satireblatt „Die Brennessel“ und der „Stürmer“.

Antiklerikale Karikaturen mit dem Typus des politisierenden Pfarrers enthielten häufig Anspielungen auf Völlerei, Genusssucht, Scheinheiligkeit und Scheinmoral. Im Mittelpunkt stand der Missbrauch der Autorität des Seelsorgers für politische Einflussnahme. Der Klerus wurde als dick, behäbig und mit wenig intelligenten Gesichtsausdrücken dargestellt. Die gezeigten Geistlichen kannten keine Not, was in der Hungerszeit von Krieg und Weimarer Republik eine besonders scharfe Kritik darstellte. Den Klerikern wurde vorgeworfen, sie zielten nur auf den eigenen Vorteil, ihr politisches Gewicht und den Vorteil der Institution Kirche. Neben grundsätzlicher Kritik an den Kirchen und den im Zentrum bzw. in der DVP engagierten Geistlichen standen auch einzelne Geistliche im Fokus, wie der evangelische Pfarrer von Perlach, den eine sozialdemokratische Karikatur bezichtigte, für die Ermordung von Perlacher Arbeitern und Sozialdemokraten bei der Niederschlagung der Räterepublik 1919 verantwortlich zu sein.

Für die Ausprägung, Verbreitung und Intensivierung des Antisemitismus vor allem in konservativen, bürgerlichen, nationalen und völkischen Kreisen ist der Einfluss des Revolutionsschocks nicht

zu überschätzen. Ein verbreitetes Feindbild im bürgerlichen Milieu war seit der Revolution der als fremd und gefährlich wahrgenommene „Ostjude“, der seit dem 19. Jahrhundert in Karikaturen abgebildet wurde. Als typische Elemente dienten eine große, gebogene Nase, wulstige Lippen, affektierte Handhaltung, (Zylinder-)Hut, dunkler Bart und Schläfenlocken. Durch Merkmale wie die Körperhaltung wurde außerdem der Verdacht der Heimlichtuerei und des Mausecheln symbolisiert. Diese Darstellungstraditionen wurden in den NS-Karikaturen übernommen.

Zu einem der beherrschenden Feindbilder der NS-Ideologie wurde die Gleichsetzung von Sozialisten und Marxisten mit Juden. Dabei zielten die Karikaturen der NS-Satirezeitschrift „Die Brennessel“ auf ein breites politisches Spektrum und blieben meist in der gewohnten Bildtradition der politischen Satire und Karikatur. Zu den Karikaturisten gehörte einer der wichtigsten Grafiker der NS-Propaganda, Hans Herbert Schweitzer (Pseudonym: Mjölhir), der von Hitler 1933 den Ehrentitel „Zeichner der Bewegung“ verliehen bekam. Viel stärker von Gewalt geprägt war das antisemitische Kampfblatt „Der Stürmer“. Die Karikaturen waren voyeuristisch-pornographisch, vor allem bei den häufig dargestellten Themen Rassenreinheit und Blutschande. Zeichner des Stürmer war von 1925 bis 1945 Philipp Rupprecht (Pseudonym: Fips), der mit seiner Bildsprache den typischen „Stürmer-Juden“ prägte.

Zu den zentralen Feindbildelementen der NS-Ideologie gehörte der „jüdische Lügenjournalismus“. Ein weiteres Feindbild war der im Zusammenhang mit Verschwörungstheorien seit der Weimarer Zeit beliebte Typus des Juden als Hintermann oder Drahtzieher, der alle ins Unglück stürzt. Das Feindbild der internationalen Verschwörung

betraff nicht nur das Judentum, sondern auch Christentum, Freimaurer und Kommunisten. Vor allem dem katholischen Zentrum sprach man wegen seiner Verbindung mit Rom die Fähigkeit ab, echt deutsch zu sein, und verdächtigte es der Unterhöhnung und des Umsturzes.

Eine weitere Dimension der NS-Karikaturen bestand in der Übertragung antisemitischer Stereotypen auf andere Gegner. Dabei wurden Gesichtszüge „jüdisch“ verzeichnet, wie etwa im Fall von Kardinal Michael von Faulhaber, der sich in seiner Silvesterpredigt 1933 nach NS-Meinung pro-jüdisch geäußert und damit gegen den Absolutheitsanspruch der NS-Weltdeutung gewandt hatte. Antisemitische Stereotype wurden vor allem auf Personen oder Länder übertragen, die in Zusammenhang mit Juden gebracht wurden oder ihnen Hilfe leisteten. So brachte der „Stürmer“ 1937 wegen der jüdischen Emigration in die USA eine Karikatur der Freiheitsstatue mit „jüdischen“ Gesichtszügen sowie Hammer und Sichel. Da die Bilder des „Stürmer“ überall präsent waren, konnte sich niemand der antisemitischen Propaganda entziehen.

Koller resümierte, dass mit den antikirchlich/antiklerikalen Karikaturen des „Stürmer“ die grundsätzliche Autorität der Kirche bzw. der Kleriker angegriffen werden sollte. Die Mittel der Deformierung dienten bis 1933 zur Ausschaltung eines politischen Gegners, danach ging es um die ideologische Konkurrenz in der Weltdeutung. Die antisemitischen Darstellungen im „Stürmer“ hingegen dienten vor allem der Selbstidentifikation und der Bildung der Volksgemeinschaft. Durch die Reduzierung auf die Rasse als das Hauptfeindbild konnten Unterschiede in der deutschen Gesellschaft aufgefangen werden. Dem Hauptfeindbild Judentum wurden alle

anderen Feindbilder untergeordnet. Die Darstellung der Gegner als „jüdisch“ diente dazu, sie zu diffamieren und den Ausschluss aus der Volksgemeinschaft anzudrohen.

Abschließend wies Koller auf die engen Grenzen hin, die der Karikatur in der Diktatur im Vergleich zur Demokratie gesetzt sind. In der Diktatur soll die Karikatur eigene Positionen verteidigen und stärken, abweichende Positionen und politische Feinde aber abwehren. Sie dient der Diffamierung, nicht der politischen Auseinandersetzung.

Nach diesen anschaulichen Ausführungen kehrte *Dr. Axel Töllner* in seinem Vortrag „Erich und Mathilde Ludendorff und die evangelische Kirche“ wieder zur klassischen Textanalyse zurück. Dabei ging er der Frage nach, inwiefern evangelische Wurzeln das Denken von Erich und Mathilde Ludendorff prägten und wie Protestanten auf diese aus der Kirche ausgetretenen Dissidenten reagierten.

Für die Lehrerin, Medizinerin und Frauenrechtlerin Mathilde Ludendorff, die aus einem hessischen Pfarrhaus stammte, galt der christliche Glaube als eine Strategie, Menschen fehlzuleiten und „irre“ zu machen. 1904 trat sie aus der evangelischen Kirche aus. Unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs propagierte sie ein weibliches Kulturkorrektiv gegen die durch männliche Schwächen verursachten Kriege. Die Entmündigung der Frauen legte sie dem durch das Judentum beeinflussten Christentum zur Last. Maßgeblich für ihre Entwicklung zur Propagandistin einer völkischen Religion wurde der DAP- und NSDAP-Aktivist Gottfried Feder.

In ihrer „Deutschen Gotterkenntnis“ vermischte sie naturwissenschaftliche, religionsgeschichtliche, gnostisch-sektiererische und rassistische Elemente und behauptete, die Lehre von einem art-

eigenen deutschen Glauben wissenschaftlich fundieren zu können. Ihre Rassenlehre unterschied zwischen edlen „Licht-“ und niederen „Schachtvölkern“. 1923 lernte sie Hitler und Ludendorff kennen. 1926 heiratete sie Erich Ludendorff.

Erich Ludendorff galt als militärisch begabt, politisch jedoch ungeschickt. Seine Kooperation mit Hindenburg betrachtete er als göttliche Fügung. Nationalprotestantischen Traditionen entsprechend fielen für ihn göttliches Heil und nationaler Erfolg ineinander. Verehrt wurde er von dem früheren Pfarrer, rechtsnationalen Politiker und Publizisten Gottfried Traub, dem er nach dem Hitler-Ludendorff-Putsch von 1923 berichtete, er habe von Hitlers Vorgehen nichts gewusst. Traub fühlte sich Ludendorff auch als evangelischer Christ verbunden. Deshalb betrachtete er Ludendorffs Kirchenaustritt 1927 als Affront. Ludendorff begründete seinen Schritt damit, dass „die Forschung über die hohe Kultur unserer Ahnen“ sowie ein kritisches Bibelstudium ihn zur Überzeugung gebracht hätten, der biblische Glaube entspreche nicht seinem Gottglauben.

Künftig fand er Sinnstiftung in der „Deutschen Gotterkenntnis“ seiner Frau Mathilde, auf deren Grundlage er auch sein politisches Scheitern deutete und die er mit seiner Verschwörungstheorie vom Kampf überstaatlicher Mächte gegen die deutsche Nation und Rasse zu einem geschlossenen Weltbild kombinierte. Seine Anschauungen richteten sich gegen Katholiken, Juden und Freimaurer, die er für ein internationales, pazifistisches und widerdeutsches Denken verantwortlich machte. Ähnlich wie Traub betrachteten viele Zeitgenossen Ludendorffs Wandlung als „klägliches Schauspiel der Versklavung einer deutschen Seele durch eine Frau“.

Die Haltung der bayerischen Landeskirche zur Ludendorff-Bewegung geht aus den im kirchlichen Bereich weit verbreiteten Schriften von Heinrich Hauck „Völkisches Erwachen und Evangelium“ von 1932 sowie von Eduard Putz „Völkische Religiosität und christlicher Gottesglaube“ von 1933 hervor. Mathilde Ludendorff galt Hauck und Putz als Hauptvertreterin der christentumsfeindlichen Richtung. Beide bezogen sich auf ihre Schrift „Erlösung von Jesu Christo“ von 1931, in der sie radikal mit dem Christentum abgerechnet hatte. Dabei hatte sie die Existenz Jesu angezweifelt und die Jesus-Überlieferung auf indische Quellen zurückgeführt, die jüdisch verfälscht worden seien.

Obwohl der Ludendorff-Bewegung nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz der Bevölkerung angehörte, tauchte sie regelmäßig in der kirchlichen Auseinandersetzung mit der völkischen Bewegung auf, da sie sich wegen ihrer Differenzen mit Hitler und dem Bekenntnis der NSDAP zum „positiven Christentum“ besonders dazu eignete, vor den Fehlformen der völkischen Bewegungen zu warnen. Die evangelische Kirche meinte, sich im Gegensatz zur Ludendorff-Bewegung als echte religiös-geistige Stütze für die Durchsetzung politischer Ziele des Nationalsozialismus anbieten zu können.

Hauck und Putz verknüpften die Ludendorff-Bewegung mit Feindbildern, die Nationalprotestantismus und Nationalsozialismus teilten. Dazu griffen sie auf antisemitische, antiwestliche und antiaufklärerische Ressentiments zurück. So kritisierte Hauck, die Ludendorff-Bewegung verkünde einen verschwommenen Pantheismus, wie ihn bereits der Jude Baruch Spinoza gelehrt habe. Bei Putz spielte das Stichwort der Selbstvergottung eine Schlüsselrolle.

In der Apotheose menschlicher Fähigkeiten und Eigenschaften sah er das gemeinsame Fundament von Rationalismus, Bolschewismus, Judentum und einer Religion, in der die Rasse letztgültige Norm wird. Nach Putz arbeiteten die antichristlichen völkischen Religionen letztlich dem „Weltbolschewismus“ in die Hände. Das einzige Bollwerk zur Rettung des bedrohten Volkstums sei daher das echte Christentum.

Dr. Antonia Leugers untersuchte in ihrem Vortrag „Katholische Kriegsfriedensdiskurse der Münchner Zwischenkriegszeit“. Dieses Thema bearbeitet Leugers zur Zeit auch im Rahmen des von Prof. Dr. Andreas Holzem geleiteten Forschungsprojekts „Katholische Kriegsfriedensdiskurse (1914/18–1939/1945). München zwischen kulturellem Pluralismus und ‚Hauptstadt der Bewegung‘“. Mit dem Terminus „Kriegsfriedensdiskurse“ werden die diskursiv geführten Auseinandersetzungen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen begrifflich gefasst, die im öffentlichen und privaten Raum trotz äußeren Friedens vom Kriegsdiskurs dominiert wurden. Der Kriegsdiskurs bestimmte auch die Friedensdiskurse, weil der Frieden nicht als „wirklich“ betrachtet und statt dessen diskursiv um die Bedingungen für einen „wahren“ Frieden gekämpft wurde.

Die Münchner Kriegsfriedensdiskurse wurden wesentlich durch Kardinal Michael von Faulhaber geprägt, der den einen als Kriegstreiber, den anderen als Friedensaktivist galt. Dies veranschaulichte Leugers an zwei auch topographisch fassbaren Ereignissen: den beiden Reden Faulhabers auf dem Münchner Königsplatz beim Katholikentag 1922 und seiner Friedensansprache beim Gebet um den Völkerfrieden in der Benediktinerabtei St. Bonifaz 1932.

Auf dem Katholikentag von 1922 richtete sich Faulhaber in seiner zweiten Rede an zwei französische Gäste und betonte den ehrlichen Willen der deutschen Katholiken zum Weltfrieden; dem schickte er jedoch den Vorwurf voraus, ob sie nicht nachfühlen könnten, „wie sich in uns das Herz umdreht, weil man gerade in unsere Rheinprovinz Heiden und Mohammedaner als Besatzung legt“. Die Franzosen berichteten daraufhin, einer Versöhnung stünden trotz der brüderlichen Friedensbekundungen tiefe Verbitterung über die Erniedrigung, schiere Rachsucht und Tendenzen zur Sakralisierung der deutschen Nation im Weg. Deutsche und Franzosen warfen sich gegenseitig Nationalismus und die Verachtung christlicher Prinzipien vor und warteten darauf, dass die andere Seite als erste nachgab. Es entspann sich ein Kriegsfriedensdiskurs, der das eigentliche Ziel, Versöhnung und Frieden, selbst auf den Katholikentagen der Zwischenkriegszeit fast verbannte.

Diesem Diskurs lieferte Faulhaber neue Nahrung. Den „papstlosen“ Versailler Frieden betrachtete er als Fluch: Alles, was den Hass fördere, trage Zündstoff für neuen Kriegsbrand zusammen. Seine erste Rede auf dem Katholikentag brachte Faulhaber jedoch den Vorwurf ein, selbst Hass zu schüren. Mit scharfen Worten führte er aus, die Revolution von 1918 sei Meineid und Hochverrat gewesen; wenn der Umsturz auch einige Erfolge gebracht habe, dürfe eine Untat trotzdem nicht heilig gesprochen werden. Der ebenfalls auf dem Katholikentag anwesende Konrad Adenauer, der die demokratische Spielart des politischen Katholizismus verkörperte, bot Faulhaber zwar entschieden Paroli, der Diskurs wurde jedoch künftig von Faulhabers Position dominiert. Seine Rede erschütterte den inlän-

dischen Frieden und stärkte in ihrer Wirkung die Rechtsextremisten in der Zeit ihres Aufstiegs.

Als Friedensmonument hingegen wurde Faulhabers Rede „Auf dem Weg zu einer neuen Kriegsmoral“ in St. Bonifaz 1932 gewertet. Darin forderte Faulhaber dazu auf, Konflikte zwischen Staaten friedlich beizulegen. Angesichts des furchtbaren Zerstörungspotentials der modernen Kriegstechnik und der wirtschaftlichen und moralischen Folgen eines modernen Krieges würden Sieger und Besiegte gleichermaßen geschädigt. Diesen neuen Tatsachen müsse auch die katholische Sittenlehre Rechnung tragen. Faulhaber sah in seiner Rede allerdings keinen Gesinnungswandel: Nicht er, sondern der Krieg habe sich gewandelt. Zum pazifistischen Friedensbund Deutscher Katholiken hielt er sich daher auf Distanz.

Empört war Faulhaber über die Verdächtigung des „Völkischen Beobachters“, er trete für die einseitige Abrüstung Deutschlands und damit für dessen Wehrlosigkeit ein. Seiner Überzeugung nach sollte nicht das stark geschwächte Deutschland abrüsten, sondern die um die Wette rüstenden anderen Länder. Wenn dies nicht geschehe, habe Deutschland nach Natur- und Völkerrecht das gleiche Recht wie alle anderen, gegen einen bewaffneten Überfall gewappnet zu sein. Seine „neue Kriegsmoral“ meinte Faulhaber in Hitlers Friedensrede vom 17. Mai 1933 wiederfinden zu können und sah sie im Münchner Abkommen von 1938 verwirklicht. Als deutsche Truppen ins Sudetenland einmarschierten, beglückwünschten die deutschen Kardinäle Hitler auf Anregung Faulhabers in einem Telegramm als Friedenssicherer und ordneten Festgottesdienste und feierliches Glockengeläut an. Daraus zog Leugers den Schluss, Faulhaber habe

das Vertrauen der Katholiken zum „Friedenskanzler“ Hitler und zu dessen Argumentationsmuster gestärkt.

Die beiden Schlussvorträge der Tagung standen unter dem gemeinsamen Thema „Weltanschauliche‘ Sieger oder moralisches Versagen?“. *Dr. Thomas Forstner* provozierte gleich zu Beginn seines Vortrags „Idealisierung, Monumentalisierung, Sakralisierung – Katholische Selbstdeutungen nach 1945“ mit der These, die Geschichte der Auseinandersetzung der römisch-katholischen Kirche mit dem Nationalsozialismus nach 1945 sei in München bislang ebensowenig Gegenstand historischer Forschung gewesen wie bis in die 1990er Jahre hinein die Geschichte der Kirche und der Katholiken in München im Nationalsozialismus selbst. Die vorliegende Literatur habe einem historistischen Relativismus gehuldigt, nach dem alle historischen Phänomene nur aus ihrer Zeit heraus verstanden und beurteilt werden könnten, und sich des Stereotyps der „Kirche in bedrängter Zeit“ bedient. Dieses Stereotyp bezeichnete Forstner im kulturanthropologischen Sinn als die „Kosmologie“ der katholischen Kirche zu ihrer Rolle in der NS-Zeit. Dahinter stehe die Angst, historische Forschung über kirchliche Akteure der Vergangenheit könne die immerwährende „societas perfecta“ Kirche in der Gegenwart beschädigen.

Auch im weiteren Verlauf seines Vortrags ließ Forstner es an Deutlichkeit nicht fehlen. Für die Auseinandersetzung mit der Rolle der katholischen Kirche im Nationalsozialismus nach 1945 entwarf er ein Modell mit drei zeitlich überlappenden Phasen, die er unter den Schlagworten Idealisierung, Monumentalisierung und Sakralisierung behandelte.

Die Phase der Idealisierung stand nach Forstner unter dem Motto „Versöhnen statt Spalten“. Die Kirche habe NS-Tätern massenhaft Hilfe und Unterstützung gewährt, sofern sie sich nur zum katholischen Glauben bekannten. Signifikant für diese Phase sei die Abspaltung der deutschen Schuld gewesen. Dabei habe sich der Klerus als einzige gesellschaftliche Gruppe wahrgenommen, die dem Nationalsozialismus geschlossen widerstanden habe. Zum lebenden Beispiel für den kirchlichen Widerstand sei der Münchner Weihbischof Johannes Neuhäusler stilisiert worden, den Forstner als Propagandist des kirchlichen Opferdiskurses und – wegen seiner Involvierung in die „Stille Hilfe“ – als Unterstützer von NS-Tätern bezeichnete. Neuhäuslers Quellensammlung „Kreuz und Hakenkreuz“ habe den Zweck verfolgt, die These des kollektiven Opfergangs der katholischen Kirche zu belegen.

Nach Auslaufen der Idealisierungsphase gegen Ende der 1950er Jahre fand in den 1960er Jahren die Phase der Monumentalisierung ihren Höhepunkt, die nach Forstner der umfassenden Dokumentation des kirchlichen Widerstands und somit der Selbstbehauptung diene. Hier sei auch die Arbeit der bis 1972 in München ansässigen Kommission für Zeitgeschichte anzusiedeln, die eine tendenziell apologetische Stoßrichtung verfolgt habe. Forstner kritisierte u. a. das „Networking“ der Kommission, das hinter verschlossenen Türen stattfinde, die Nicht-Beteiligung von Frauen und die „Quellenzugangsbewirtschaftung“. Paradigmatisch sei vor allem der von der Kommission herausgegebene Band „Priester unter Hitlers Terror“, der Kritiker auf monumentalen 2.000 Seiten zum Schweigen bringen solle, die qualitative Dimension widerständiger Handlungen und

staatlicher Verfolgungsmaßnahmen jedoch ebenso ausblende wie etwa die Opfergruppe homosexueller Priester.

Auf die Monumentalisierung folgte nach Forstner Ende der 1980er Jahre die Phase der Sakralisierung der Protagonisten. Die Initialzündung habe Papst Johannes Paul II. in einem apostolischen Schreiben von 1994 gegeben, in dem er zur Erstellung von Martyrologien zum 20. Jahrhundert aufforderte. Die meisten katholischen Märtyrer wurden aus dem Spanischen Bürgerkrieg gemeldet, gefolgt von Mexiko, der Sowjetunion unter Stalin und dem nationalsozialistischen Deutschland. Höhepunkt der theologischen Konzeption von den Märtyrern des 20. Jahrhunderts sei 1998 die Heiligsprechung Edith Steins gewesen, die sich ideal als Projektionsfläche für die katholische Opferinszenierung geeignet und den Katholiken einen prominenten Platz unter den Opfern von Auschwitz gesichert habe. Während die „offizielle“ katholische Kirchengeschichtsschreibung längst ein partielles Versagen der Kirche bei der Judenvernichtung zugestehe, sei auf die frühere Verdrängung der Shoa in jüngster Zeit die „katholische Selbsteinsetzung in die Opferrolle“ gefolgt.

Dr. Björn Mensing eröffnete seinen Vortrag „Evangelische Debatten nach 1945“ mit der Frage, wie sich diejenigen an den Debatten nach 1945 beteiligten, die vor 1945 Widerstand geleistet und dafür Verfolgung erlitten hatten. Als Beispiel führte er Wolfgang Niederstraßer an, der als einziger bayerischer Pfarrer im KZ Dachau inhaftiert war. Im Herbst 1945 weigerte sich Niederstraßer, einen an die Pfarrer versandten Fragebogen des Münchner Landeskirchenrates auszufüllen, der den Widerstand der Pfarrerschaft gegen den Nationalsozialismus belegen sollte, und rief stattdessen zu einem Schuldbekennnis und zu einem kirchlichen Neuanfang auf. Mensing

konfrontierte Niederstraßers Eingeständnis der kirchlichen Verstrickung in den Nationalsozialismus mit der offiziellen Geschichtspolitik der Landeskirche, die sich als weltanschauliche Siegerin betrachtete und zur Rechristianisierung des Volkes sowie zur Einflussnahme auf den politischen Neuaufbau berufen sah. Schon im Herbst 1945 ließ sich die bayerische Landeskirche vom Kassationshof bestätigen, sie sei zur Gänze eine Widerstandsorganisation gewesen.

Dieses apologetische Geschichtsbild wurde durch eine Marginalisierung widerständiger Personen einerseits und die Integration politisch Belasteter andererseits durchgesetzt. Als charakteristisch für die Situation der 1950er/60er Jahre beurteilte Mensing das Verhalten der Landeskirche im Fall des in Haft zu Tode gekommenen Direktors der Ansbacher Landeskirchenstelle Friedrich von Praun und seines späteren Nachfolgers und entfernten Cousins Wilhelm von Ammon. Landesbischof Hans Meiser erinnerte 1946 zwar an von Praun, 1957 aber lehnte der Landeskirchenrat die Anbringung einer Gedenktafel im Ansbacher Dienstgebäude ab. Von Ammon, zur NS-Zeit Ministerialrat im Reichsjustizministerium, war beim Nürnberger Juristenprozess zu 10 Jahren Haft verurteilt worden. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung stellte Meiser ihn 1952 dennoch als Oberkirchenanwalt ein. 1957 erhielt er mit der Berufung zum Direktor der Landeskirchenstelle eine leitende Position in der Landeskirche.

Als weiteres Beispiel nannte Mensing die frühe Situation der Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau. Deren erster Seelsorger Christian Reger, der selbst Häftling in Dachau gewesen war, konnte seine Arbeit in den späten 1960er Jahren nur gegen den

Widerstand des damaligen Ortsgeistlichen von Dachau-Ost – während der NS-Zeit ein führender DC-Pfarrer und Mitglied des Nationalsozialistischen Evangelischen Pfarrerbundes – und der älteren evangelischen Einwohner Dachaus ausüben. Der Nachfolger Regers, Oskar Zeiß, sah seine Aufgabe dann in der Volksmission. Der zuständige Münchner Oberkirchenrat sandte kommentarlos einen Bericht an das Mitglied des Rates der EKD und früheren Dachauer Häftling Ernst Wilm, in dem Zeiß die Entfernung der „schrecklichen Bilder“ und die Ergänzung der Ausstellung um Beispiele aus dem Widerstand forderte. Kein Volk der Welt, so hieß es in seinem Bericht, stelle seine dunkle Vergangenheit aus, durch die Bilder werde nur der Hass hochgehalten.

Eine Veränderung setzte erst in den 1970/80er Jahren ein. Dazu trugen die Rezeption der kritischen Ergebnisse der Kirchlichen Zeitgeschichte, ein Generationswechsel und die zögerliche Revision des bisherigen Geschichtsbildes bei. Die Ausstellung „... wo ist dein Bruder Abel?“ von 1988 zeigte kritisch das weitgehende Versagen der Kirchenleitung gegenüber der nationalsozialistischen Judenverfolgung und der Shoa. Von besonderer Bedeutung wurde das Schwerpunktjahr zum Thema Christen und Juden, das 1998 in eine Erklärung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern mündete, in der die Mitschuld der Christen an der Judenvernichtung offen ausgesprochen wurde. Im selben Jahr wurde auch Wilhelm Freiherr von Pechmann geehrt, der kirchliche Verantwortliche mehrfach zum Protest gegen die Judenverfolgung aufgefordert hatte. Außerdem wurde der unermüdliche Kritiker des Kurses der Landeskirche im Nationalsozialismus, Karl Steinbauer, mit einer Ausstellung gewürdigt.

Nach dieser Wandlung zu einem versachlichten, kritisch-differenzierten Umgang mit der Vergangenheit kam es im Zuge der Umbenennungen der Meiser-Straßen jedoch zu einer Renaissance des alten Geschichtsbildes. Die Umbenennungen führten zu einer Radikalisierung der Diskussion, die auf der einen Seite durch Moralisierung, auf der anderen durch Rechtfertigungsbemühungen gekennzeichnet war. Mensing verwies dazu auf das Buch „Der gekreuzigte Bischof“, die Neubenennung eines Gemeindefaßes nach Hans Meiser und die unseriöse Behauptung, Meiser sei am politischen Widerstand beteiligt gewesen. Mensing schloss daraus, dass die Revision des Geschichtsbildes zwar bei der Kirchenleitung, nicht aber im evangelisch-kirchlichen Milieu angekommen sei, und wies dazu auch auf die Ablehnung der Anbringung einer Gedenktafel für Wolfgang Niederstraßer durch Gemeindeglieder in Warmensteinach hin. Unter Hinweis auf eine einschlägige Studie resümierte Mensing, latenter Antisemitismus und rechtsextrems ausländerfeindliches Gedankengut sei unter kirchentreuen Deutschen auch heute weiter verbreitet als bei der übrigen Bevölkerung.

Die Frage, wie die auf der Tagung präsentierten Grundlagenforschungen des Arbeitskreises Katholizismus-/Protestantismusforschung in die künftige Ausstellung des NS-Dokumentationszentrums umgesetzt werden sollen, wurde weder in den Vorträgen noch in der Abschlussdiskussion thematisiert. Nachdem das Ausstellungskonzept inzwischen vorliegt und jüngst von den zuständigen Gremien beschlossen wurde, dürfte diese Frage aber ohnehin weitgehend obsolet geworden sein: Die christlichen Konfessionen werden in diesem Konzept explizit nur an zwei Unterpunkten erwähnt, nämlich bei den Themenkreisen „Kulturen und Milieus: München in den

1920er Jahren“ und „Das Versagen der Institutionen: das Ende von Rechtsstaat und Demokratie“; daneben ist an zwei weiteren Stellen nur noch die Behandlung von religiös motiviertem Widerstand vorgesehen. Umso erfreulicher ist es, dass die Vorträge der Tagung im Herbst 2012 in einem Sammelband als Beiheft zur Reihe „theologie.geschichte“ publiziert werden sollen.